

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Jan van Aken,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 17/72 –

**Fortsetzung der Asyl-Rücküberstellungen nach Griechenland trotz
Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts****Vorbemerkung der Fragesteller**

Am 5. November 2009 entschied das Bundesverfassungsgericht bereits zum vierten Mal, dass die Rücküberstellung eines Asylsuchenden nach Griechenland im Rahmen der EU-Verteilungsregelungen (Dublin-II-Verordnung) vorläufig auszusetzen ist. „Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gerichtsbekannten, umfangreichen Stellungnahmen verschiedener Organisationen zur Situation von Asylantragstellern in Griechenland“ müsse in einem Hauptsa cheverfahren untersucht werden, welche grundrechtlichen Vorgaben für den Rechtsschutz bei Zurückschiebungen in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gelten („Grenzen des Konzepts der normativen Vergewisserung“, 2 BvQ 77/09, S. 3). Die drohenden Nachteile für Asylsuchende in Griechenland wögen schwerer als das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einem sofortigen Vollzug der Rücküberstellung, so das Gericht.

Während das Bayerische Innenministerium angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts „weitere Rücküberstellungen nach Griechenland auf der Grundlage der Dublin-Verordnung nicht für vertretbar“ hält (vgl. Bundestagsdrucksache 16/14149, Antwort zu Frage 4), ergaben sich nach Ansicht der vormaligen Bundesregierung aus den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts „keine über den betreffenden Einzelfall hinausgehenden Konsequenzen“. Die „zuständigen Behörden“ würden „bis zur Entscheidung in der Hauptsache weiter Dublin-Verfahren bzgl. Griechenland betreiben, es sei denn, es handelt sich um besonders schutzbedürftige Personen“ (vgl. ebd., Antwort zu Frage 1 und Vorbemerkung): „Von Asylbewerbern, die nicht besonders schutzbedürftig sind, kann erwartet werden, dass sie auch unter ggf. erschwerten Bedingungen das Asylverfahren in Griechenland durchführen“, antwortete die Bundesregierung, obwohl das Bundesverfassungsgericht genau gegenteilig entschieden hatte, denn der erfolgreiche Kläger in dem Verfahren 2 BvQ 56/09 gehörte ausdrücklich nicht zum Kreis der besonders schutzbedürftigen Personen (vgl. ebd., Frage 2), und dennoch hielt das Bundesverfassungsgericht dessen Abschiebung nach Griechenland bis zur Entscheidung in der Hauptsache für unzumutbar.

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Mit ihrem Festhalten an der bisherigen Praxis versucht die Bundesregierung, Rücküberstellungen zu vollziehen, obwohl sie angesichts der vier gleichlautenden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts weiß oder wissen müsste, dass (spätestens) das Bundesverfassungsgericht solche Abschiebungen nach Griechenland verhindern würde – wenn es denn die Gelegenheit zur Entscheidung erhält. Die Bundesregierung macht sich jedoch den Umstand zu Nutze, dass nach geltendem Recht – dessen Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts aber gerade in Frage steht – Rechtsbehelfe im Dublin-Verfahren grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung haben. Die Betroffenen sollen also durch überrumpelnde Festnahmen und Abschiebungen um ein faires Verfahren gebracht werden, indem ihnen z. B. erst im Zuge der Rücküberstellung ein entsprechender Überstellungsbescheid ausgehändigt wird, gegen den dann ein vorläufiger Rechtsschutz faktisch nicht mehr möglich ist – trotz der hohen Aussichten auf Erfolg. Mehrere Verwaltungsgerichte gewähren in Kenntnis dieser Praxis deshalb sogar bereits vor Erlass oder Zustellung eines Überstellungsbescheides einstweiligen Rechtsschutz (vgl. z. B. VG Düsseldorf – 18 L 1542/09.A –, Beschluss vom 14. Oktober 2009, VG Oldenburg – 3 B 2837/09 –, Beschluss vom 9. November 2009).

Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller stellt eine solche Vorgehensweise eine Brüskierung des Bundesverfassungsgerichts und eine eklatante Missachtung der Grundrechte der betroffenen Asylsuchenden sowie grundlegender Prinzipien des Rechtsstaates dar. Die Fraktion der FDP hat im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwar die Forderung nach einer Beendigung der Rücküberstellungen nach Griechenland erhoben (vgl. die Äußerungen des damaligen Abgeordneten und jetzigen Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin der Justiz, Dr. Max Stadler, in der „tageszeitung“ vom 2. Oktober 2009) – im Koalitionsvertrag findet sich hierzu jedoch keine Vereinbarung.

Am 10. November 2009 haben über 20 europäische Flüchtlingsorganisationen, darunter PRO ASYL, die Europäische Kommission dazu aufgefordert, endlich ein „Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland wegen der Missachtung aller zentralen europäischen Asylrichtlinien einzuleiten“ (Pressemitteilung vom 10. November 2009).

1. Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, aus den bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts würden sich keine über die betreffenden Einzelfälle hinausgehenden Konsequenzen ergeben (vgl. Bundestagsdrucksache 16/14149), obwohl das Bundesverfassungsgericht bislang in allen vier Fällen einheitlich und mit nahezu gleichem Wortlaut entschieden hat, dass angesichts der bekannten Mängel des griechischen Asylsystems Rücküberstellungen dorthin derzeit nicht vollzogen werden dürfen, bis eine Entscheidung in der Hauptsache vorliegt – und zwar ausdrücklich unabhängig von den personenbezogenen Besonderheiten im Einzelfall?

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die Erfolgsaussicht der Verfassungsbeschwerden offengelassen und sich auf eine Abwägung zwischen den Folgen gestützt, die ohne Erlass der einstweiligen Anordnung entstünden, wenn die Hauptsache für den Antragsteller erfolgreich wäre, und den Folgen für den umgekehrten Fall. Die Beschlüsse enthalten keine Aussagen zur Verfassungsmäßigkeit der die Zulässigkeit der Überstellung nach Griechenland bestätigenden Entscheidungen der Vorinstanzen oder zur geplanten Abschiebung. Insofern haben die bisherigen Beschlüsse des BVerfG über den Erlass einstweiliger Anordnungen hinaus daher keine rechtlichen Konsequenzen.

Gleichwohl wird die neue Bundesregierung bzw. die zuständigen Behörden die Ausübung des in der Dublin-II-Verordnung vorgesehenen Selbsteintrittsrechts gegenüber Griechenland im Lichte der Beschlüsse des BVerfG in jedem Einzelfall sorgfältig prüfen.

2. Wie kann die Bundesregierung behaupten, „von Asylbewerbern, die nicht besonders schutzbedürftig sind, kann erwartet werden, dass sie auch unter ggf. erschwerten Bedingungen das Asylverfahren in Griechenland durchführen“ (vgl. ebd., Antwort zu Frage 2), wenn nach ihrer eigenen Auskunft (ebd.) der Kläger, dessen Abschiebung durch das Bundesverfassungsgericht wegen der ihm drohenden Nachteile in Griechenland durch einstweilige Anordnung verhindert wurde, dem Kreis der besonders Schutzbedürftigen gerade nicht angehörte?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung dazu, ob auch die in den anderen bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu Rücküberstellungen nach Griechenland betroffenen Beschwerdeführer (2 BvQ 68/09, 2 BvQ 72/09 und 2 BvQ 77/09) nicht als „besonders schutzbedürftige Person“ anzusehen sind, und mit welcher Begründung hält die Bundesregierung an ihrer Praxis fest, nur bei besonders schutzbedürftigen Personen von Überstellungen nach Griechenland abzusehen, obwohl das Bundesverfassungsgericht offenkundig der Auffassung ist, dass die Bedingungen des Asylsystems in Griechenland derzeit generell (und nicht nur in besonderen Fällen) unzumutbar sind?

In den in der Frage angeführten Verfahren vor dem BVerfG (2 BvQ 68/09; 2 BvQ 72/09; 2 BvQ 77/09) gehören die Beschwerdeführer nicht zum Kreis der besonders schutzbedürftigen Personen. Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage 1 verwiesen.

4. Inwieweit entspricht es dem „Gebot effektiven Rechtsschutzes, dass Rechtsbehelfe gegen Dublin-Überstellungen grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung haben“ (so die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 16/14149, Antwort zu Frage 18), und inwieweit ist diese Auffassung mit den benannten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vereinbar, wonach die Nachteile, die den erfolgreichen Beschwerdeführern im Falle ihrer Rücküberstellung nach Griechenland drohten, schwerer wogen als das staatliche Interesse am Vollzug der Überstellung (bitte ausführlich begründen)?

Gemäß Artikel 16a Absatz 2 Satz 3 GG können im Falle der Einreise aus einem sicheren Drittstaat aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden. Gemäß Artikel 16a Absatz 2 Satz 1 GG sind Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sichere Drittstaaten. Diese Vorschriften sind vom BVerfG in seiner Entscheidung vom 14. Mai 1996 (2 BvR 1938/93; 2 BvR 2315/93) grundsätzlich gebilligt worden. Die Regelung des § 34a Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) nimmt den Rechtsgedanken des Artikel 16a Absatz 2 Satz 3 GG auf und widerspricht daher nach Auffassung der Bundesregierung nicht dem Gebot effektiven Rechtsschutzes. Im Übrigen wird auf die Antworten zu Fragen 1 und 16 verwiesen.

5. Wie bewertet es die Bundesregierung, dass angesichts der unveränderten Überstellungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bereits mehrere Verwaltungsgerichte vorläufigen Rechtsschutz vor Erlass oder Zustellung eines Überstellungsbescheides gewährt haben, um „überrumpelnde“ Abschiebungen zu verhindern (siehe Vorbemerkung), welche Konsequenzen zieht sie hieraus, und falls sie keine Konsequenzen zieht, hat dies nicht zwangsläufig zur Folge, dass sich alle über Griechenland einreisende Asylsuchende praktisch mit ihrer Einreise vorsorglich Rechtsschutz suchend an die Verwaltungsgerichte wenden müssen, um (möglicherweise) verfassungswidrige Überstellungen nach Griechenland rechtlich überprüfen lassen und verhindern zu können (bitte begründen)?

Die Bundesregierung hat die in der Fragestellung aufgeführten Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zur Kenntnis genommen. Die Frage, ob und in welcher Form Asylbewerber, die eine Überstellung nach Griechenland verhindern wollen, gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen sollen oder müssen, muss von jedem Betroffenen für sich beantwortet werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

6. Was konkret ist die rechtliche und politische Auffassung des Bundesministeriums der Justiz zu den oben genannten Fragen, insbesondere zu der Frage, inwieweit die bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts über die entschiedenen Einzelfälle hinaus zu einer Änderung der Überstellungspraxis in Bezug auf Griechenland führen müssten?

Die zwischen den beteiligten Ressorts abgestimmte Auffassung der Bundesregierung ergibt sich aus den Antworten zu den Fragen 1 bis 5.

7. Welche weiteren Besprechungen zwischen Bund und Ländern zum Thema hat es mittlerweile mit welchen konkreten Ergebnissen (oder Dissenspunkten) gegeben, und wie ist die Abschiebungs- und Inhaftierungspraxis im Dublin-Verfahren in den einzelnen Bundesländern (bitte nach Bundesländern differenziert antworten)?

Weitere Besprechungen zum Thema Dublin-Überstellungen zwischen Bund und Ländern haben nicht stattgefunden. Belastbare und detaillierte Erkenntnisse zum aktuellen Umgang zur Praxis der Abschiebungshaft in den Bundesländern in Dublin-Verfahren mit Griechenland und zur Überstellungspraxis der Bundesländer liegen derzeit nicht vor und sind in der Kürze der Zeit nicht zu erhalten.

8. Gibt es neue Kenntnisse über die Praxis anderer europäischer Staaten bei Rücküberstellungen nach Griechenland (vgl. Bundestagsdrucksache 16/14149, Frage 6)?

Nein

9. Wurde in den beiden von der Bundesregierung genannten Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtgerichtshofs (vgl. Bundestagsdrucksache 16/14149, Frage 7) „nur“ die Frage eines drohenden Refoulement-Verstoßes durch die Gefahr einer „Kettenabschiebung“ geprüft, oder auch die Frage der Aufnahmebedingungen und der Qualität des Asylverfahren in Griechenland und deren Übereinstimmung mit EU-Recht (bitte darlegen)?

Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EMRG) in der Sache „K.R.S. against United Kingdom“ vom 2. Dezember 2008 – 32733/08 ist in deutscher Übersetzung in der Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ 2009, Heft 15, Seite 965 ff.) veröffentlicht.

10. In wie vielen Fällen hat der Europäische Gerichtshofs für Menschenrechte inzwischen nach Artikel 39 seiner Verfahrensordnung entschieden, Abschiebungen nach Griechenland vorläufig auszusetzen, und was ist der Bundesregierung zu den Entscheidungsgründen näher bekannt (Wiederholung der Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 16/14149, weil die vormalige Bundesregierung diese Frage nur mit Blick auf Verfahren „mit Bezug auf Abschiebungen aus Deutschland“ – und damit unvollständig – beantwortet hat; auf Bundestagsdrucksache 16/11543, Frage 19, hingegen wusste die Bundesregierung bereits von „ca. 80 Fällen“ zu berichten, in denen der Gerichtshof Abschiebungen nach Griechenland nach Artikel 39 ausgesetzt hatte)?

Über die Zahl der einstweiligen Anordnungen nach Artikel 39 der Verfahrensordnung des EGMR hinsichtlich von Abschiebungen in einen bestimmten Staat wird keine Statistik geführt. Die Bundesregierung erhält nur dann von Anordnungen gegen andere Staaten Kenntnis, wenn diese im Rahmen der allgemeinen Informationsarbeit des Gerichtshofs bekannt gemacht werden. Die in der Antwort auf Frage 19 in der Bundestagsdrucksache 16/11543 vom 5. Januar 2009 enthaltene Angabe beruhte auf den auf diese Weise erhaltenen Informationen. Hinsichtlich der Entscheidungsgründe wird auf die Antwort zu Frage 19 in der zitierten Bundestagsdrucksache verwiesen.

11. Welche offizielle Begründung gab es dafür, dass der griechische Innenminister trotz starker thematischer Betroffenheit seines Landes nicht zum Rat der Justiz- und Innenminister vom 21. September 2009 erschienen ist (Wiederholung der insoweit unbeantwortet gebliebenen Teilfrage 11 auf Bundestagsdrucksache 16/14149)?

Der Bundesregierung ist keine Begründung für die Vertretung Griechenlands an der Sitzung des Rats der Justiz- und Innenminister am 21. September 2009 bekannt.

12. Wie viele Zustimmungen zur Übernahme im Rahmen des Dublin-Systems gegenüber anderen Mitgliedstaaten der EU hat Griechenland in den Jahren 2005 bis 2008 und im ersten Halbjahr 2009 erteilt, und wie viele Zustimmungen zur Übernahme wurden umgekehrt von anderen Mitgliedstaaten gegenüber Griechenland erklärt (bitte nach Jahren und einzelnen Ländern aufgliedern und Gesamtsummen nennen)?

Es liegen keine Daten aus anderen Mitgliedstaaten vor hinsichtlich Zustimmungen Griechenlands gegenüber anderen Mitgliedstaaten bzw. von Überstellungen/Zustimmungen anderer Mitgliedstaaten an Griechenland. Diese Daten wurden von EUROSTAT bislang nicht veröffentlicht.

13. Wie viele nach der Dublin-II-Verordnung rechtlich mögliche Überstellungen nach Griechenland wurden im Jahr 2008 und 2009 (bitte monatlich aufschlüsseln) nicht vollzogen, weil

- a) vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch gemacht wurde,
- b) eine Überstellung durch Gerichtsbeschluss untersagt wurde?

(Wiederholung der Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 16/14149, weil die Zahlen nicht, wie ausdrücklich erbeten, nach Monaten aufgeschlüsselt wurden.)

Eine monatliche Aufschlüsselung findet lediglich in der nachfolgend aufgeführten Form statt. Die aktualisierten Zahlen sind im Anschluss aufgeführt.

Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Gesamt
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Zustimmungen Griechenlands an Deutschland

54	65	43	53	52	52	45	15	39	46	32	36	67	72	76	95	83	94	95	151	90	110	1 465
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	----	-----	--------------

Zu dem jeweiligen Monat ergeben sich folgende Sachverhalte

Überstellung erfolgt

34	46	26	16	15	17	8	7	9	14	10	7	15	23	21	26	12	11	15	17	5	10	364
----	----	----	----	----	----	---	---	---	----	----	---	----	----	----	----	----	----	----	----	---	----	------------

Sachverhalt für nicht vollzogene Überstellungen nach Griechenland

Gescheitert

–	2	2	7	3	4	6	1	2	3	1	4	8	2	7	3	7	11	6	5	–	–	84
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---	---	---	---	-----------

Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung

–	–	1	3	7	2	2		2	1	2	1	1	3	–	8	9	6	6	12	4	7	77
---	---	---	---	---	---	---	--	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---	---	-----------

Sonstige Gründe

1	1		1	1	2	–	–		–	–	–	–	–	–	2	4	1	4	3	12	4	2	38
---	---	--	---	---	---	---	---	--	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---	---	-----------

Untergetaucht

9	9	7	5	7	9	13	–	8	5		2	4	7	6	10	8	8	8	4	3	2	134
---	---	---	---	---	---	----	---	---	---	--	---	---	---	---	----	---	---	---	---	---	---	------------

Ohne Angaben

10	7	7	21	19	18	16	7	18	23	19	22	39	37	40	44	46	54	57	101	74	89	768
----	---	---	----	----	----	----	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	----	----	------------

Jahr	Dt. Übernahmeersuchen an GR	Überstellungen an GR	Ausübung Selbsteintrittsrechts gegenüber GR
2008	800	222	130
2009 (Stand: 31.10.2009)	1 855	181	560

14. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Reaktion der Europäischen Kommission auf die Beschwerde von über 20 europäischen Flüchtlingsorganisationen dazu, dass noch kein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland eingeleitet wurde, und wie ist nach ihrer Kenntnis die aktuelle Position der Kommission bezüglich eines möglichen Ver-

tragsverletzungsverfahrens und wovon hängt die entsprechende Einleitung einer solchen Klage noch ab?

Es liegen keine Erkenntnisse vor, wie die Europäische Kommission auf die Beschwerde reagiert und ob sie ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland einleiten wird. Maßgebliche Verfahrensvorschrift für die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens ist seit 1. Dezember 2009 Artikel 258 der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV [zuvor Artikel 226 EG-Vertrag]).

15. Wie viele Entscheidungen wie vieler (Ober-)Verwaltungsgerichte im Jahr 2009 sind der Bundesregierung inzwischen bekannt, mit denen eine Überstellung nach Griechenland (vorläufig) untersagt bzw. gestattet wurde (bitte Urteile/Beschlüsse mit Datum und Tenor konkret benennen und die jeweiligen Entscheidungen aufsummieren; bitte auch Aufhebungen durch das Bundesverfassungsgericht und öffentlich verfügbare Auflistungen berücksichtigen, etwa des Nordrhein-Westfälischen Flüchtlingsrats: <http://www.fluechtlingsrat-nrw.de/2891/index.html>)?

Zur Anzahl der Entscheidungen wird auf Anlage 1 verwiesen.

- a) Nach welchen Auswahlkriterien erfolgte die Auflistung von Gerichtsentscheidungen zu Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 16/14149 (die Fragesteller fanden dort mehrere Entscheidungen gegen Rücküberstellungen nach Griechenland nicht, darunter das ausführlich begründete Urteil des VG Frankfurt vom 8. Juli 2009 – 7 K 4376/07.F.A. (3))?

Es gab keine Auswahlkriterien. Es erfolgte, wie in Frage 19 in Bundestagsdrucksache 16/14149 vom 22. Oktober 2009 nachgefragt, eine Auflistung der dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dienstlich bekannt gewordenen Entscheidungen. Auswertungen Dritter wurden nicht herangezogen

- b) Wie ist die entsprechende Bilanz von Entscheidungen der (Ober-)Verwaltungsgerichte seit der ersten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. September 2009, welche (Ober-)Verwaltungsgerichte haben ihre Rechtsprechung infolge der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts korrigiert und mit welcher Begründung haben sich Verwaltungsgerichte, die auch nach diesem Datum Überstellungen nach Griechenland noch für zulässig hielten, über die Einschätzung und Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hinweggesetzt – oder war ihnen dessen Rechtsprechung (noch) unbekannt?

Es erfolgt keine statistische Erfassung der Rechtsprechung von (Ober-) Verwaltungsgerichten nach der jeweiligen Entscheidungspraxis. Eine entsprechende Bilanz kann deshalb nicht aufgestellt werden. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, ab wann (Ober-) Verwaltungsgerichte in der Bundesrepublik Deutschland vom angesprochenen Beschluss des BVerfG Kenntnis genommen haben.

16. Warum hat sich die Bundesregierung – bis heute – nicht „normativ vergewissert“, ob die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in Griechenland sichergestellt ist (Nachfrage zu Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 16/14149)?

Die Bundesregierung hält an ihrer Auffassung fest, dass Griechenland ein sicherer Drittstaat im Sinne von Artikel 16a Absatz 2 GG ist (vgl. Antwort zu Frage 5 in Bundestagsdrucksache 16/14149).

17. Warum hält die Bundesregierung den generellen Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei Rechtsbehelfen gegen Dublin-Entscheidungen für gerechtfertigt, obwohl sie nach ihrer eigenen Antwort zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 16/14149 nicht ausschließen kann, dass es in Mitgliedstaaten der EU zu „Defiziten“ in Bezug auf die Verpflichtungen der GFK und EMRK kommt?

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

18. Mit welcher Begründung sieht die Dienstanweisung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum Dublin-Verfahren vom 4. September 2009 vor, dass auch Einstellungsbescheide infolge einer Rücknahme eines (europaweit) ersten Asylantrags vor der Bescheidzustellung im Dublin-Verfahren nach § 31 Absatz 1 Satz 4 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) den Betroffenen persönlich zugestellt und Dublin-Überstellungen in diesen Fällen möglich sein sollen, obwohl sich die dortige Regelung nach § 31 Absatz 1 Satz 4 AsylVfG ausdrücklich nur auf Ablehnungen nach § 26a oder § 27a AsylVfG bezieht, und welche konkrete Rechtsgrundlage für diese Anweisung sieht die Bundesregierung überdies in der Dublin-II-Verordnung?

Die Zuständigkeit zur Behandlung eines Asylantrages durch einen Mitgliedstaat entsteht im Zeitpunkt der Asylantragstellung gem.äß Artikel 5 Absatz 2 der Dublin-Verordnung (EG 343/2003 vom 18. Februar 2003). Dieser Absatz lautet:

„Bei der Bestimmung des nach diesen Kriterien zuständigen Mitgliedstaats wird von der Situation ausgegangen, die zu dem Zeitpunkt gegeben ist, zu dem der Asylbewerber seinen Antrag zum ersten Mal im Mitgliedstaat stellt.“

Die Rücknahme des Asylantrages beseitigt dessen konstitutive Wirkung für die Zuständigkeitsbestimmung nach der Dublin-Verordnung nicht. Damit sind eine Fortsetzung des Dublinverfahrens sowie eine Überstellung in den zuständigen Mitgliedstaat möglich.

19. Wie bewertet die Bundesregierung die Studie „Der Asylkompromiss 1993 auf dem Prüfstand“ vom Juli 2009 des Deutschen Instituts für Menschenrechte, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus, insbesondere in Bezug auf die Feststellung, dass

In der Studie „Der Asylkompromiss 1993 auf dem Prüfstand“ wird im Wesentlichen gefordert, die Drittstaatenregelung in Artikel 16a GG sowie die Vorschriften des AsylVfG zur Überstellung in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu ändern. Die hierfür vorgebrachten Argumente vermögen jedoch nicht zu überzeugen, daher sind insoweit auch keine weiteren Schritte angezeigt. Im Einzelnen:

- a) angesichts der Weiterentwicklung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Hinblick auf Anforderungen an effektiven Rechtsschutz in Fällen der Abschiebung und Einreiseverweigerung und angesichts der menschen- und flüchtlingsrechtlich unzureichenden Zustände insbesondere des griechischen Asylsystems die geltende bundesdeutsche Drittstaatenregelung (Ausschluss des vorläufigen Rechtsschutzes) gegen Europarecht und gegen die EMRK verstößt (S. 11 ff. und 31 f.),

Die deutsche Drittstaatenregelung verstößt weder gegen Europarecht noch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat das Dublin-Verfahren nicht beanstandet. Er hat mit Entscheidung vom 2. Dezember 2008 (32733/08, vgl. Antwort zu Frage 9) die Überstellung eines iranischen Asylbewerbers nach Griechenland im Rahmen des Dublin-Verfahrens für zulässig erklärt. Er hat dabei zunächst seine Rechtsprechung bestätigt, dass sich aus Artikel 3 EMRK ein Abschiebungsverbot ergeben könne, das auch im Verhältnis der Vertragsstaaten untereinander zu beachten sei. Dazu sei es erforderlich, dass es stichhaltige Gründe (substantial grounds) für die Annahme gebe, dass der Betroffene im Falle seiner Abschiebung tatsächlich Gefahr (real risk) laufe, einer Artikel 3 EMRK widersprechenden Behandlung unterworfen zu werden. Das Gericht hat ferner betont, dass bei einer drohenden Verletzung von Artikel 3 EMRK aus Artikel 13 EMRK das Gebot effektiven Rechtsschutzes abzuleiten sei und dazu auch ein automatischer Suspensiveffekt (automatic suspensive effect) gehöre.

Im konkreten Fall sah das Gericht das Vereinigte Königreich nicht daran gehindert, den Betroffenen nach Griechenland abzuschieben. Dass die Behandlung in Griechenland selbst gegen Artikel 3 EMRK verstößen könnte, hat das Gericht nicht näher in Betracht gezogen. Auch die Gefahr einer Kettenabschiebung von Griechenland in den Iran hat das Gericht verneint. Maßgeblich hierfür sei, dass Griechenland keine Abschiebungen in den Iran vornehme, dass bei einer Änderung dieser Praxis effektiver gerichtlicher Rechtsschutz in Griechenland zur Verfügung stehe und dass gegen Entscheidungen der griechischen Behörden und Gerichten der EGMR angerufen werden könne. Ferner hat das Gericht darauf hingewiesen, dass die Dublin-Verordnung als weitere Sicherung ein Selbst-eintrittsrecht des danach nicht zuständigen Mitgliedstaats vorsieht.

- b) der Ausschluss des Rechtsschutzes im Rahmen der Anwendung der Dublin-II-Verordnung in Deutschland mit Europarecht nicht vereinbar ist (S. 19 ff. und 32),

Der Rechtsschutz ist bei der Anwendung der Dublin-Verordnung nicht ausgeschlossen, sondern lediglich die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gegen Überstellungentscheidungen entspricht den europarechtlichen Vorgaben, denn nach Artikel 19 Absatz 2 Satz 4 der Dublin-Verordnung hat ein Rechtsbehelf gegen Überstellungentscheidungen grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung. Zwar kann das innerstaatliche Recht etwas anders vorsehen, von dieser Möglichkeit hat die Bundesrepublik Deutschland jedoch keinen Gebrauch gemacht.

- c) die bei der bundesdeutschen Drittstaatenregelung seit 2007 geltenden dynamischen Verweisungen auf Europarecht zu unbestimmt sind und den verfassungsrechtlich zwingend vorgesehenen Parlamentsvorbehalt umgehen (S. 25 ff. und 32)

(bitte auf alle Unterpunkte einzeln und begründet eingehen)?

(Wiederholung der Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 16/14149, da die Antwort der vormaligen Bundesregierung weder – wie ausdrücklich erbe-

ten – begründet wurde noch auf die einzeln benannten Argumente eingegangen ist.)

Auf die Antwort der Bundesregierung in der BT-Drs. 16/10469 vom 7. Oktober 20087 zu den Fragen 141, 142 der Großen Anfrage der Fraktion der FDP „Achtung der Grundrechte“ wird verwiesen.

20. Welche EU-Mitgliedstaaten (bitte einzeln auflisten) haben bislang wie viele Flüchtlinge aus Malta, dem Mitgliedstaat mit der höchsten Zahl Asylsuchender pro Bevölkerung (Malta hat im ersten Halbjahr 2009 im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße etwa zwanzigmal so viele Asylsuchende wie Deutschland aufgenommen), übernommen?

Eine abschließende Bestandsaufnahme der Kommission zu ihrem Projekt zur Aufnahme von schutzbedürftigen Personen aus Malta liegt noch nicht vor. Nach derzeitigen Erkenntnissen haben acht Mitgliedstaaten ihre Teilnahme an dem Pilotprojekt zugesagt bzw. angekündigt:

Frankreich: 80 Erwachsene und ca. 20 Kinder
Portugal: 6 Personen
Rumänien: 7 Personen
Luxemburg: 6 Personen
Großbritannien: 10 Personen
Slowenien: 10 Personen
Slowakei: 10 Personen
voraussichtlich
auch Polen: 6 Personen.

- a) Wie begründet die Bundesregierung ihre bisherige Zurückhaltung bei der konkreten Entlastung Maltas, und wie steht sie generell zu diesem Pilotprojekt?

Deutschland hat sich zur Aufnahme von 100 Personen im Rahmen des Pilotprojekts bereit erklärt.

- b) Wie bewertet die Bundesregierung die bislang gegenüber Malta gezeigte „europäische Solidarität“ vor dem Hintergrund, dass die USA im Rahmen eines Resettlement-Programms bislang 303 Flüchtlinge aus Malta übernommen haben – und damit vermutlich mehr als alle anderen Länder der EU zusammengenommen?

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, zum Stand der Umsetzung des noch laufenden Pilotprojekts der EU-Kommission zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Malta Stellung zu nehmen.

- c) Welche Forderungen hat Malta bezüglich Änderungen des EU-Asylsystems?

Malta hat sich im Besonderen für eine Verstärkung der Solidarität innerhalb der EU bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten ausgesprochen.

Anlage 1

	Stattgabe		Ablehnung
1	VG Gießen, Beschluss v. 25.04.2008, 2 L 201/08 GI.A +4270		VG Gießen, 17.07.2008, 10m L 1498/08 GLA
2	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 08.08.2008, 6 B 41/08		VG Ansbach, Teilurteil v. 30.10.2009, AN 3 K 08.30139
3	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 19.03.2009, 6 B 18/0		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 14.01.2008, 7 G 3911/07.A(3)
4	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 08.07.2008, 6 B 30/08		VG Augsburg, Beschluss v. 25.03.2008, Au 5 E 08.30050
5	VG Magdeburg, Beschluss v. 20.11.2009, 12 L 1859/09 F.A.		VG Münster, Beschluss v. 22.08.2008, 2 L 455/08.A
6	VG Weimar, Beschluss v. 24.07.2008, 5 E 20094/98 We		VG Koblenz, Urteil v. 09.07.2008, 1 K 353/08.KO
7	VG Ansbach, Beschluss v. 22.07.2008, AN 3 E 08.30292		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 22.02.2008, 12 L 483/08.F.A.
8	VG Karlsruhe, Beschluss v. 23.06.2008, A 3 K 1412/08		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 18.06.2008, 2 L 1532/08.F.A.(V)
9	VG Hamburg, Beschluss v. 22.08.2008, 8 AE 356/08		VG Regensburg, Beschluss v. 28.10.2009, RO 3 E 08.30124
10	VG Hamburg, Beschluss v. 08.06.2009, 8 AE 368/08		VG Ansbach, Beschluss v. 02.10.2009, AN 19 E 08.30350
11	VG Würzburg, Urteil v. 12.08.2008, W 4 E 08.30114		VG Saarlouis, Beschluss v. 17.09.2008, 5 L 902/08
12	VG Würzburg, Urteil v. 10.03.2009, W 4 K 08.30.122		VG Berlin, Beschluss v. 23.07.2008, 9 X47.08
13	VG Minden, Beschluss v. 14.08.2008, 1 L 408/08.A		VG Regensburg, Beschluss v. 01.10.2008, RO 8 E 08.30132
14	VG Karlsruhe, Beschluss v. 12.08.2008, A 3 K 1995/08		VG Minden, Beschluss v. 22.09.2008, 10 L 419/08.A
15	VG Karlsruhe, Beschluss v. 021.10.2009, A 3 K 2333/08		VG München, Beschluss v. 01.10.2008, M 12 SB 08.60064
16	VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 9 L 452.09.A		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 13.101.2008, 12 B 58/08
17	VG Saarlouis, Beschluss v. 15.10.2009, 2 L 446/08		VG München, Beschluss v. 19.09.2008, M 16 E 08.60053

	Stattgabe		Ablehnung
18	VG Stuttgart, Beschluss v. 12.09.2008, A 13 K 2809/08		VG München, Beschluss v. 19.09.2008, M 16 E 08.60052
19	VG Ansbach, Beschluss v. 23.08.2008, AN 14 E 08.30321		VG Leipzig, Beschluss v. 16.01.2009, A 6 L 1539/08
20	VG Stuttgart, Beschluss v. 12.09.2008, A 13 K 2693/08		VG München, Beschluss v. 15.10.2008, M 3 E 08.60059
21	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09		VG Düsseldorf, Beschluss v. 24.10.2008, 16 L 1654/08.A
22	VG Düsseldorf, Beschluss v. 06.11.2008, 13 L 1645/08.A		VG Oldenburg, Beschluss v. 20.11.2009, 12 L 1869/09.F.A.
23	VG Stuttgart, Beschluss v. 06.10.2008, A 13 K 3039/08		VG Cottbus, Beschluss v. 04.11.2008, 6 L 296/08.A
24	VG Düsseldorf, Beschluss v. 19.11.2009, 16 L 1517/08.A		VG Cottbus, Beschluss v. 04.11.2008, 6 L 295/08.A
25	VG Saarlouis, Beschluss v. 21.10.2008, 2 L 1558/08		VG Würzburg, Beschluss v. 30.10.2009, W 4 E 08.30.121
26	VG Oldenburg, Beschluss v. 08.05.2008, 3 B 801/08		VG Arnsberg, Beschluss v. 10.11.2008, 11 L 783/08.A
27	VG Würzburg, Beschluss v. 07.11.2008, W 6 E 08.30165		VG Würzburg, Beschluss v. 10.11.2008, W 4 E 08.30.145
28	VG Neustadt/Weinstraße, Beschluss v. 24.1.2008, 5 L 1167/08 NW		VG Ansbach, Beschluss v. 10.11.2008, AN 19 E 08.30406
29	VG Osnabrück, Beschluss v. 28.10.2009, 5 B 124/08		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 02.12.2008, 4 L 3969/08.F.A.
30	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 06.10.2008, 6 B 60/08		VG Osnabrück, Beschluss v. 27.11.2008, 5 B 123/08
31	VG Karlsruhe, Beschluss v. 01.10.2009, A 10m 758/09		VG Augsburg, Beschluss v. 02.10.2009, Au 5 E 08.30069
32	VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3S09.30011		VG Schleswig Holstein, Beschluss v. 02.03.2009, 6 A 200/08
33	VG Ansbach, Urteil v. 16.04.2009, AN 3 k 09.30012		VG Frankfurt/Main, Urteil v. 15.10.2009, 12 K 727/08.F.A.
34	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 08.08.2008, 6 B 41/08		Hess. VGH, Beschluss v. 22.01.2009, 10 A 8/09.Z.A.
35	VG Würzburg, Urteil v. 09.11.2009, W 4 E 08.30198		VG Ansbach, Beschluss v. 18.11.2008, AN 19 K 08.30145

	Stattgabe		Ablehnung
36	VG Hamburg, Beschluss v. 04.02.2009, 8 AE 26/09		VG Gießen, Beschluss v. 15.07.2008, 10 L 1497/08:GI.A
37	VG Mainz, Beschluss v. 18.12.2008, 4 L 1066/08,MZ		VG Karlsruhe, Beschluss v. 08.12.2008, A 10 3743/08
38	VG Hamburg, Beschluss v. 04.02.2009, 8 AE 26/09		VG Ansbach, Beschluss v. 10.12.2008, AN 3 E 08.30436
39	VG Weimar, Beschluss v. 11.02.2009, 5 E 20002/09/We		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 11.12.2008, W 4 E 08.30187
40	VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20144/09		VG München, Beschluss v. 19.21.2008, M 22 S 06.60078
41	VG Meiningen, Beschluss v. 17.02.2009, 5 E 20008/09/Me		VG Köln, Beschluss v. 19.11.2009, 18 L 502/08.A
42	VG Neustadt, Beschluss v. 12.02.2009, 3 L 101/09 NW		VG Karlsruhe, Beschluss v. 06.12.2008, A 10 K 3898/08VG Stuttgart, Beschluss v. 10.06.2009, A 4 K 4256/08
43	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 18.02.2009, 7 L 268/09.F.A.		VG München, Beschluss v. 13.01.2009, M 23 E 09.60000
44	VG Münster, Beschluss v. 06.10.2009, 9 L 506/09.A		VG Saarlouis, Beschluss v. 02.02.2009. 2 L 65/09
45	VG Düsseldorf, Beschluss v. 0.11.2008, 13 L 1645/08.A		VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 300/09
46	VG Stuttgart, Beschluss v. 16.10.2008, A 6 K 3489/08		VG Arnsberg, Beschluss v. 20.01.2009, 13 L 857/08.A
47	VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 01.10.2009, A 2 S 2867/08		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 06.02.2009, 7 L 4072/06.02.2009, 7 L 4072/08.F.A.
48	VG Kassel, Beschluss v. 02.04.2009, 3 L 300/09VG Kassel, Beschluss v. 06.04.2009, 4 L 354/09-KS.A		VG Saarlouis, Beschluss v. 02.202.2009, 2 L 65/09
49	VG Stuttgart, Beschluss v. 07.04.2009, A 13 K 908/09		VG Meiningen, Beschluss v. 16.04.2009, 5 E 20037/09 Me
50	VG Stuttgart, Beschluss v. 30.10.2009, A 13 K 3911/09		VG Berlin, Beschluss v. 01.10.2009, 34 L 57.09 A
51	VG Düsseldorf, Beschluss v. 09.04.2009, 18 L 494/09.A		VG Kassel, Beschluss v. 19.02.2009, 3 L 86/09 KS.A
52	VG Oldenburg, Urteil v. 13.03.2009, 3 A 285/09		VG Würzburg, Beschluss v. 19.02.2009, W 4 E 09.30019

	Stattgabe	Ablehnung
53	VG Stuttgart, Beschluss v. 27.04.2009, A 13 K 1503/09	VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 34 L 57.09 A
54	VG Wiesbaden, Beschluss v. 26.05.2009, 7 L 658/09.WI.A	VG Ansbach, Beschluss v. 26.02.2009, AN 19 E 09.30051
55	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 26.05.2009, 7 L 1399/09.A.	VG Münster, Beschluss v. 04.03.2009, 9 L 77/09.A
56	VG Wiesbaden v. 15.06.2009, 7 L 709/09.WI.A.	VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 6 L 1555/09.A
57	VG Gießen, Beschluss v. 22.04.2009, 1 L 775/09.GI.A	VG Gießen, Beschluss v. 09.03.2009, 10 L 251/09.GI.A
58	VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3 S 09.30011	VG Düsseldorf, Beschluss v. 05.03.2009, 16 L 151/09.A
59	VG Ansbach, Beschluss v. 22.07.2008, AN 3 E 08.30292	OVG Münster, Beschluss v. 02.12.2008, 15 B 1730/08.A
60	Vg Schwerin; Beschluss v. 01.10.2009, 5 B 293/09 As	VG Ansbach, Beschluss v. 03.04.2009, 19 S 09.30074
61	VG Wiesbaden, Beschluss v. 15.06.2009, 7 L 709/WI.A.	VG Leipzig, Beschluss v. 16.03.2009, A 6 L 50/09
62	VG Düsseldorf, Beschluss v. 29.06.2009, 21 L 972/09.A	VG Kassel, Beschluss v. 11.03.2009, 3 L 246/09 KS.A.
63	VG Meiningen, Beschluss v. 29.06.2009, 5 E 20077/09 Me	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 20.02.2009, 12 L 218/08.F.A.(1)
64	VG Minden, Beschluss v. 29.06.2009, 9 L 320/09.A	VG Trier, Beschluss 24.04.2009, 2 L 154/09
65	VG Minden, Beschluss v. 02.07.2009, 9 L 346/09 A	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 14.04.2009, 6 B 9/09
66	VG Minden, Beschluss v. 03.07.2009; 9 L 358/09.A	VG Kassel, Beschluss v. 02.04.2009, 3 L 300/09VG Kassel, Beschluss v. 06.04.2009, 4 L 354/09-KS.A
67	VG Stuttgart, Beschluss v. 07.04.2009, A 13 K 579/09	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 07.04.2009, 12 B 15/09
68	VG Minden, Beschluss v. 20.11.2009, 9 L 358/09.A	VG Ansbach, Beschluss v. 09.04.2009, AN 2 S 09.30102
69	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 29.07.2009, 12 L 1859/09.F.A.	VG Ansbach, Beschluss v. 09.04.2009, AN 2 E 09.30107
70	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 10.07.2009, 12 L 1684/09 F.A.	VG Kassel, Beschluss v. 07.04.2009, 3 L 368/09.KS.

	Stattgabe		Ablehnung
71	VG Freiburg, Beschluss v. 26.06.2009, A 2 K 710/09		VG Minden, Beschluss v. 23.04.2009, 1 L 192/09.A
72	VG Schleswig, Beschluss v. 17.07.2009, 6 B 25/09		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 14.04.2009, 6 B 9/09
73	VG Schwerin, Beschluss v. 11.06.2009, 8 B 279/09 As		VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 286/09
74	VG Düsseldorf, Beschluss v. 28.10.2009, 18 L 1084/09		VG München, Beschluss v. 30.10.2009, M 4 E 09.60021
75	VG Braunschweig, Beschluss v. 27.10.2009, 2 B 244/09		VG Stuttgart, Beschluss v. 19.05.2009, A 2 K 1443/09
76	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 28.07.2009, GR 12 L 2004/09.F.A.		VG Stuttgart, Beschluss v. 12.05.2009, A 2 K 1282/09
77	VG Meiningen, Beschluss v. 22.07.2009, 8 E 2082/09 Me		VG Gießen, Beschluss v. 22.05.2009, 10 L 1149/09.Gi.A.
78	VG Mainz, Beschluss v. 01.10.2009, 4 L 649/09 MZ		VG Stuttgart, Beschluss v. 28.10.2009, A 4 K 2073/09
79	VG Darmstadt, Beschluss v. 09.11.2009, A 7 K 3732/09		VG Oldenburg, Beschluss v. 28.05.2009, 3 B 1148/09
80	VG Neustadt, Beschluss v. 10.08.2009, 3 L 728/09.NW		VG Ansbach, Beschluss v. 02.10.2009, 19 S 09.30136
81	VG Karlsruhe, Beschluss v. 18.08.2009, A 3 K 1581/09		VG Saarlouis, Beschluss v. 19.05.2009, 2 L 46/09
82	VG Minden, Beschluss v. 18.08.2009, 9 L 436/09.A		VG Arnsberg, Beschluss v. 22.06.2009, 6 L 320/09.A.
83	VG Minden, Beschluss v. 17.08.2009, 9 L 381/09.A		VG Berlin, Beschluss v. 15.10.2009, VG 23 L 154.09A
84	VG Minden, Beschluss v. 21.08.2009, 9 L 447/09.A		VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3E09.0019
85	VG Gießen, Beschluss v. 28.08.2009, 2 L 1714/09.GI.A		VG Koblenz, Beschluss v. 13.07.2009, 7 L 697/09 KO
86	VG Minden, Beschluss v. 10.09.2009, 9 L 467/09.A		VG Koblenz, Beschluss v. 29.06.2009, 1 L 658/09.KO
87	VG Freiburg, Beschluss v. 26.08.2009, A 5 K 1411/09		VG Oldenburg, Beschluss v. 08.07.2009, 3 B 1574/09
88	VG Minden, Beschluss v. 20.11.2009, 9 L 474(09.A		VG Trier, Beschluss v. 13.07.2009, 2 L 391/09 TR

	Stattgabe		Ablehnung
89	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 02.09.2009, 7 L 2178/09.FA 1		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 30.10.2009, 12 L 1683/09.F.A.
90	VG Würzburg, Beschluss v. 27.08.2009, W 4 E 09.30167		VG Berlin, Beschluss v. 04.08.2009, VG 23 L 170.09
91	VG Minden, Beschluss v. 10.09.2009, 7 L 482/09.A		VG Minden, Beschluss v. 02.07.2009, 1 K 514/09.A
92	VG Saarlouis, Beschluss v. 15.09.2009, 2 L 840/09		OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 31.08.2009, 9 B 1198/09.A
93	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 29.07.2009, 12 L 1859/09.A		VG Stade, Beschluss v. 02.10.2009, 6 B 690/09
94	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 11.09.2009, 7 L 2465/09.A/1		VG Stade, Urteil v. 06.-07.2009, 6 A 691/09
95	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 15.05.2009, 6 B 36/09		VG Münster, Beschluss v. 26.06..2009, 2 L 275/09.A
96	VG Minden, Beschluss v. 18.09.2009, 9 L 520/09.A		VG Ansbach, Beschluss v. 15.10.2009, AN 9 E 09.30133
97	VG Köln, Beschluss v. 17.09.2009, 21 L 1415/09.A		VG Braunschweig, Beschluss v. 23.07.2009, 2 B 160/09
98	VG Köln, Beschluss v. 14.09.2009, 18 L 1414/09.A		VG Stuttgart, Beschluss v. 30.07.2009, A 2 K 2432/09
99	VG Minden, Beschluss v. 21.09.2009, 9 L 526/09.A		VG Gießen, Beschluss v. 31.07.2009, 10 L 1857/09 GI.A.
100	VG Minden, Beschluss v. 01.10.2009, 7 L 525/09.A		VG München, Beschluss v. 24.09.2009, M 23 E 09.60064
101	VG Minden, Beschluss v. 24.09.2009, 1 L 534/09.A		VG Minden, Beschluss v. 12.08.2009, 10 L 396/09.A
102	VG Minden, Beschluss v. 28.10.2009, 10 L 532/09.A		VG Trier, Beschluss v.- 11.08.2009, 2 L 456/09.TR
103	VG Minden, Beschluss v. 30.09.2009, 10 L 515/09.A		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 17.08.2009, 3 L 2145/09.F.A(2)
104	VG Minden, Beschluss v. 01.10.2009, 9 L 562/09.A		VG Münster, Beschluss v. 18.08.2009, 10 L 411/09.A
105	VG Minden, Beschluss v. 30.09.2009, 3 L 557/09.A		VG Cottbus, Beschluss v. 17.08.2009, 7 L 253/09.A
106	VG Trier, Beschluss v. 29.09.2009, 2 L 530/09.TR		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 30.10.2009, 2 L 2292/09.FA1A

	Stattgabe		Ablehnung
107	VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 9 L 452.09A		VG Minden, Beschluss v. 07.09.2009, 9 L 486/09.A
108	VG Stuttgart, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09		VG Arnsberg, Beschluss v.,.. 09.09.2009, 13 L 531/09.A
109	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 05.11.2009, 12 B72/09		VG München, Beschluss v. 24.09.2009, M 23 E 09.60064
110	VG Frankfurt/Main, Urteil v. 08.07.2009, 7 K 4376/07.F.A.(3)		VG Saarlouis, Beschluss v. 28.09.2009, 5 L 941/09
111	OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 07.10.2009, 8 B 1433/09.A		VG Saarlouis, Beschluss v. 15.10.2009, 5 L 1346/09
112	BVerfG, Beschluss v. 09.10.2009, 2 BvQ 72/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 11.09.2009, 3 L 2155/09.F.A.
113	VG Stuttgart, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.10.2009, 3 L 2788/09.F.A.(V)
114	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 10.10.2009, 5 L 2916/09.F.A.(V)		VG Arnsberg, Beschluss v. 22.06.2009, 6 L 320/09.A
115	VG Minden, Beschluss v. 13.10.2009, 10 L 579/09.A		VG Leipzig, Beschluss v. 20.11.2009, A 6 L 344/09
116	VG Minden, Beschluss v. 12.10.2009, 9 L 577/09.A		VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 6 L 1544/09.A
117	VG Minden, Beschluss v. 19.10.2009, 7 L 586/09.A		VG Düsseldorf, Beschluss v. 02.11.2009, 13 L 1570/09.A
118	VG Düsseldorf, Beschluss v. 14.10.2009, 18 L 1542/09.A		VG Ansbach, Beschluss v. 30.09.2009, AN 19 E 09.30330
119	VG Regensburg, Beschluss v. 20.10.2009, RN 4 E 09.30220		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 09.10.2009, § L 238/09.F.A.(1)
120	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 21.10.2009, 7 B 31/09		VG Ansbach, Beschluss v. 08.10.2009, AN 14 E 09.30329
121	VG Berlin, Beschluss v. 22.10.2009, VG 33b L 225.09A		VG Stuttgart, Beschluss v. 27.04.2009, A 2 K 1205/09
122	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 23.10.2009, 7 B 30/09		VG Arnsberg, Beschluss v. 05.11.2009, 7 L 652/09.A
123	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 28.10.2009, 12 B 76/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 21.10.2009, 3 L 2936/09.F.A.(1)
124	VG Regensburg, Beschluss v. 23.10.2009, RN 5 09.30234		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 09.10.2009, 3 L 2381/09.F.A.(1)

	Stattgabe		Ablehnung
125	VG Regensburg, Beschluss v. 23.10.2009, RN 5 09.30235		VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 286/09
126	VG Chemnitz, Beschluss v. 29.10.2009, A 4 L 1666/09		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 12.11.2009, 6 B 42/09
127	VG Berlin, Beschluss v. 23.11.2009, VG 23 L 277.09A		VG Braunschweig, Beschluss v. 01.10.2008, 2 B 208/08
128	VG Saarlouis, Beschluss v. 27.10.2009, 2 L1443/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 01.12.2008, 4 L 3965/08.F.A.
129	VG Chemnitz, Beschluss v. 02.11.2009, A 2 L 343/09		VG Cottbus, Beschluss v. 05.01.2009, 7 L 373/08.A
130	VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20139/09 We		VG München, Beschluss v. 18.10.2009, M 17 E 09.60008
131	VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20138/09 We		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.06.2009, 2 L 458/09.F.A.(2)
132	VG Minden, Beschluss v. 02.11.2009, 9 L 617/09.A		VG Minden, Beschluss v. 01.09.2009, 1 L 463/09.A
133	VG Schleswig Holstein, Beschluss v. 07.10.2009, 12 B 72/09		VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 16 L 1555/09.A
134	VG Stuttgart, Beschluss v. 30.10.2009, A 13 K 3919/09		
135	VG Minden, Beschluss v. 04.11.2009, 9 L 626/09.A		
136	VG Schwerin, Beschluss v. 23.06.2009, 5 B 293/09 As		
137	VG Minden, Beschluss v. 04.11.2009, 9 L 627/09.A		
138	VG Berlin, Beschluss v. 09.11.2009, VG 23 L 284/09A		
139	VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 B 2837/09		
140	VG Sigmaringen, Beschluss v. 27.10.2009, A 1 K 1758/09		
141	VG Berlin, Beschluss v. 10.11.2009, VG 23 L 279.09A		
142	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.11.2009, 5 L 3691/09.F.A.(1)		
143	VG Minden, Beschluss v. 19.11.2009, 10 L 640/09.A		

	Stattgabe		Ablehnung
144	VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 B 2947/09		
145	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 80/09		
146	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 82/09		
147	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 81/09		
148	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 78/09		
149	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 79/09		
150	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 83/09		
151	BVerfG, Beschluss v. 13.11.2009, 2 BvR 2603/09		
152	VG Hannover, Beschluss v. 20.11.2009, 7 B 5716/09		
153	OVG Niedersachsen, Beschluss v. 19.11.2009, 13 MC 166/09		
154	VG Minden, Beschluss v. 16.11.2009, 1 L 644/09.A		
155	VG Oldenburg, Beschluss v. 12.11.2009, 3 B 2496/09		
156	VG Düsseldorf, Beschluss v. 20.11.2009, 2 L 1770/09.A		
157	VG Koblenz, Beschluss v. 20.11.2009, 2 L 1240/09.KO		
158	VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 A 2836/09		
159	BVerfG, Beschluss v. 05.11.2009, 2 BvQ 77/09,		

	Stattgabe		Ablehnung
160	BVerfG, Beschluss v. 23.09.2009, 2 BvQ 68/09		
161	BVerfG, Beschluss v. 08.09.2009, 2 BvQ 56/09		

elektronische Vorab-Fassung*